

**Weshalb es die Freiheit
in Deutschland so schwer hat**

Roland Vaubel

Universität Mannheim

8. Treffen des Hayek-Clubs Frankfurt am Main, 10.11.14

I. Weshalb ging das „europäische Wunder“ nicht von Deutschland aus?

- Das europäische Wunder: die Aufklärung, der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die industrielle Revolution ereignen sich in Europa und nicht in Großreichen wie China, Indien und dem osmanischen Sultanat, die um 1500 alle auf einem vergleichbaren Entwicklungsniveau waren.
- Eric Jones: „The European Miracle“ (1981), deutsch: „Das Wunder Europa“
- Die Erklärung von Jones: Europa war kein Großreich, sondern politisch fragmentiert: Wettbewerb der Herrscher um Menschen und Kapital. Freiheit! Innovation! Wohlstand!
- Berühmte Vorläufer: David Hume (1742), Charles Montesquieu (1748), Immanuel Kant (1784), Lord Acton (1877), Max Weber (1923).
- Mechanismen:
 - „Exit“ (Mobilität)
 - „Yardstick Competition“ (Vergleich)

- Innerhalb Europas war der deutsche Sprachraum in der Neuzeit mehr als jeder andere politisch fragmentiert.
- Das Rätsel: weshalb war Deutschland nicht Spitzenreiter der Liberalisierung und Innovation?
- Das Epizentrum der wissenschaftlichen, technischen und industriellen Entwicklung lag im Nordwesten Europas: England, Nordfrankreich, Belgien und die Niederlande.
- Auch die Liberalisierung ging von England, den Niederlanden, den USA und Frankreich (Revolution) aus.

- Weshalb war Europa politisch fragmentiert? Hume und Montesquieu: Geographie, viele natürliche Grenzen innerhalb Europas.
- Britannien: Inselage
 - kann sich Liberalisierung und Verzicht auf stehendes Herr leisten,
 - Kontinent bietet Möglichkeit des Exils,
 - prädestiniert für Schifffahrt und Eroberung eines Weltreichs.
- Frankreich: auf drei Seiten natürliche Grenzen
- ähnlich: Griechenland (Antike!), Italien (die Römer!), Spanien, Dänemark, Schweden/
Norwegen
- Deutschland: im Westen und Osten ohne natürliche Grenzen, zum Teil auch im Norden:
 - Gefahr von Mehrfrontenkriegen: Dreißigjähriger Krieg, Siebenjähriger Krieg, 1914-45
(der zweite dreißigjährige Krieg)
 - Spielball der Randmächte Frankreich, England, Russland, Schweden und der Päpste
 - Die Randmächte und die Päpste sorgen dafür, dass der deutsche Sprachraum politisch zersplittert ist.
 - Weshalb wird er nie – wie mehrfach Polen – einfach zwischen seinen Nachbarn aufgeteilt?

II. Die Folgen der „prekären Mittellage“ (Ranke):

1. Viele Nachbarn – viele Kriege
2. Mehrere Fronten – leichte Beute
3. Durchgangsstation für Völkerwanderung
4. Politische Zersplitterung: militärische Schwäche nach außen
5. Politische Zersplitterung: Bruderkriege im Inneren. Aber
 - Bruderkriege gab es in den meisten europäischen Ländern.
 - Sie haben das „europäische Wunder“ nicht verhindert.
 - Das spezifisch deutsche Problem ist nicht der Bruderkrieg, sondern die Mittellage.
6. Militärische Tugenden (Tapferkeit, Disziplin, Gehorsam) haben einen hohen Stellenwert.
7. Starkes Sicherheitsbedürfnis (German „Angst“):
 - Obligatorische Sozialversicherung zuerst in Deutschland
 - „Arbeiterschutzbestimmungen“ ab 1890
 - Geringerer Aktienbesitz als in irgendeinem anderen Industrieland (relativ zum Vermögen)
 - größte Angst vor der Atomenergie
 - größte Angst vor Genmanipulation und Seuchen (früher die Pest)

Häufigkeit ausgewählter Angstvokabeln in deutschen und internationalen Tageszeitungen 2000-2010

| | asbest- verseucht | BSE | dioxin- Belastet | Schweine- Grippe | Summe |
|-----------------------|----------------------|------|---------------------|---------------------|-------|
| Süddeutsche Zeitung | 484 | 2611 | 303 | 823 | 4221 |
| Frankfurter Rundschau | 584 | 2320 | 230 | 730 | 3864 |
| Corriere de la Sera | 710 | 2174 | 380 | 558 | 3822 |
| FAZ | 317 | 1985 | 115 | 439 | 2856 |
| Guardian | 461 | 1356 | 121 | 336 | 2274 |
| Times | 569 | 521 | 89 | 830 | 2009 |
| La Monde | 949 | 527 | 290 | 231 | 1997 |
| El Pais | 354 | 369 | 302 | 342 | 1367 |
| Gazeta Wyborcza | 103 | 751 | 264 | 179 | 1297 |
| La Repubblica | 262 | 522 | 118 | 275 | 1177 |
| GZT | 52 | 110 | 116 | 746 | 1024 |
| Le Figaro | 210 | 322 | 86 | 396 | 1014 |

Quelle: Walter Krämer, Die Angst der Woche, Piper 2011, S. 48.

III. ABER: zugleich die segensreichen Wirkungen der politischen Fragmentierung und des Wettbewerbs zwischen den Herrschern in Deutschland:

- Die Herrscher gewähren – vor allem den Städten – Markt- und Freiheitsrechte (1521: 83 „freie und Reichsstädte“, 1800: 51).
- Die Besteuerung ist selten konfiskatorisch (anders als z.B. unter Ludwig XIV.).
- Recht auf Eigentum, unparteiische Gerichte, Advokatenstand, Rechtskultur.
- Günstige Bedingungen für Handwerk und Handel (Hanse).
- Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit (Haupttugenden der Kaufleute)
- Gründlichkeit (Haupttugend der Handwerker)
- Reisefreudigkeit (Kaufleute, Handwerker, Künstler usw.)
- Fürsten konkurrieren um Künstler und Wissenschaftler: deutsches Bildungsideal (Komponisten haben in Deutschland geringere Verweildauer als in Frankreich und England, Vaubel 2002)
- Fragmentierung ermöglicht Reformation (dezentrale Experimente) – ebenso in der Schweiz
- Deutschland ist attraktiv für religiöse Minderheiten: Hugenotten, Juden (Worms); zu den schlimmsten Judenverfolgungen kam es wie in Spanien nach der Zentralisierung.

IV. Andere Erklärungen für die langsamere Liberalisierung in Deutschland?

1. Die Zünfte?

- Die Zünfte sind in Frankreich und Südeuropa noch stärker als in Deutschland (Paris 1250: 101 Zünfte, die die Arbeitszeit und die Löhne kartellarisch festlegten, 83 untersagten jegliche nächtliche Arbeit.)
- Die Zünfte konkurrierten untereinander um politischen Einfluss und hatten in den Kaufleuten und Patriziern mächtige Gegenspieler.
- Die Zünfte verlieren in Deutschland ab dem Ende des 18. Jahrhunderts rapide an Macht, weil die Territorialfürsten Neuansiedlern Privilegien verleihen.
- Zünfte gab es in ganz Europa, sie verhinderten das europäische Wunder nicht, weshalb sollten sie das deutsche Wunder verhindert haben?

2. Die Kirche?

- Je zersplitterter die weltliche Macht, desto größer ist die Macht der Kirche, besonders wenn diese international organisiert ist und zentral gelenkt wird.
- Deutschland um 1500: 53 Fürstbistümer und Hochstifte, im 18. Jhdt. noch 26 (einmalig in Europa).
- Drei Fürsterzbischöfe (Köln, Mainz, Trier) gehören zu den sieben Kurfürsten, die den Kaiser wählen. Sie können den meistbietenden der vier weltlichen Kurfürsten zum König bestimmen.
- Der König muss zur Kaiserkrönung nach Rom, in dieser Zeit braucht er Frieden in Deutschland. Das stärkt die Kirche und die Regionalfürsten.
- In keinem anderen Land Europas ausgenommen Italien war die Kirche – jedenfalls bis zur Reformation – so einflussreich wie in Deutschland: vgl. den Investiturstreit (Canossa) mit Avignon, Heinrich VIII. oder Gustav Wasa.

- Die ungewöhnlich starke Stellung der Kirche bietet den Deutschen ein Mehr an institutionellem Wettbewerb (Lord Acton, Harold Berman, Brian Tierney): zusätzliche Freiräume und Karriereoptionen, eine alternative Rechtsordnung.
- Aber das Verhältnis der Kirche zur Freiheit des Einzelnen ist ambivalent:
 - Einerseits:
 - Als Ebenbild Gottes ist der Mensch zur Freiheit geboren.
 - Seit Aquinas und Scotus bejaht die Katholische Kirche eindeutig das Privateigentum.
 - Andererseits:
 - Es ist die Aufgabe der Kirche, den Menschen vor der Sünde zu bewahren.
 - Die Solidarität mit den Armen kann in den Wohlfahrtsstaat münden.
 - Gerechtigkeitsvorstellungen können zu weitreichenden Regulierungen führen: der gerechte Preis, der gerechte Lohn (Mindestlöhne), Zinsverbote.
- Erklärt die ungewöhnliche Macht der Kirche in Deutschland den deutschen Hang zum Moralisieren, zur Prinzipienreiterei (Michael Kohlhaas), zur idealistischen Philosophie, zur Romantik in Kunst und Literatur? Deutsches Wunschdenken versus britischer Pragmatismus und französischer Realismus?

ABER:

- Eine ökonometrische Untersuchung (Friedrich Heinemann et al. 2009) zeigt, dass die Unterstützung der Deutschen für marktwirtschaftliche Arbeitsmarktreformen in fünf von sechs Fällen nicht davon abhängt, ob der oder die Befragte Mitglied einer Kirche ist. Ausnahme: die Kürzung von Subventionen für schrumpfende Industriezweige.
- Verglichen mit den Großreichen in China, Indien und am Bosphorus war die Kirche in ganz Europa ungleich mächtiger. Dies hat das europäische Wunder nicht verhindert.
- Auch im antiken Griechenland und in der italienischen Renaissance war der Einfluss der Religion stärker als in vergleichbaren Kulturen dieser Zeit.
- Für die Freiheit ist es günstig, wenn die Kirche gegenüber der weltlichen Macht autonom ist.
- Zu totalitären Tendenzen kommt es nur, wenn die Kirche zugleich über weltliche Macht verfügt (Fürstbistümer, Kurfürsten, Hierokratie, Theokratie).

V. Zwischenergebnis

- Dass es die Freiheit in Deutschland so schwer hat, ist im wesentlichen historisch bedingt.
- Es liegt nicht an der wirtschaftlichen Tradition, denn diese war wegen der politischen Fragmentierung und wegen des Wettbewerbs der Herrscher freiheitlich.
- Ursächlich sind vielmehr die historisch geprägten Wertvorstellungen: die Sehnsucht nach dem starken Groß- und Sozialstaat, welcher Sicherheit und Solidarität verspricht.
- Diese Wertvorstellungen sind eine Folge der prekären Mittellage und vielleicht auch der weltlichen Macht der Kirche.
- Was die Deutschen von ihren Nachbarn unterscheidet, ist der tiefe Zwiespalt zwischen den freiheitlichen Anforderungen der äußeren Verhältnisse und den sozialromantischen inneren Überzeugungen.
- Stets sind sie in der Versuchung, der Einheit den Vorzug vor der Freiheit zu geben.
- Deshalb haben sie den ungeliebten und unverstandenen Wettbewerb der Länder in Deutschland und Europa Schritt für Schritt beschränkt.
- Die Zentralisierung der Politik gibt dem Staat aber mehr Macht über die Bürger.
- Die politische Integration ist ein Feind der Freiheit.

VI. Das deutsche „Wirtschaftswunder“, das amerikanische Erbe und was daraus geworden ist

- Wenn es jemals ein „deutsches Wunder“ gegeben hat, dann war es das „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 1960er Jahre.
- Es hatte wirtschaftspolitische Ursachen, denn nach dem 2. Weltkrieg erhielt die Freiheit in Deutschland ihre größte Chance.
- Anders als die übrigen Besatzungsmächte versuchte die amerikanische Militärregierung (mit Sitz in Frankfurt!) Deutschland zum Erfolg zu führen.
- Die Amerikaner waren fest entschlossen, ein zweites Versailles zu verhindern und Westdeutschland zum zentralen Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus zu machen.
- General Clay (ab 1947 Chef der amerikanischen Militärregierung) sah die USA in einem „Wettlauf um die Gunst der Deutschen mit Hilfe des Lebensstandards“, und auch General Keating, sein Stellvertreter, erkannte unter den Besatzungsmächten einen „Wettbewerb der jeweiligen praktischen Maßnahmen“.
- Der Wettbewerb zwischen den Herrschern um die Gunst der Bürger – um die höchst mobilen Leistungsträger Deutschlands – ermöglichte das deutsche Wirtschaftswunder.

- Die amerikanische Militärregierung suchte deutsche Politiker, die ihre freiheitlichen Vorstellungen in die Praxis umsetzen sollten.
- In Ludwig Erhard fand Clay einen Mann, der viel stärker an die Marktwirtschaft glaubte als die meisten Ökonomen der regierenden Demokratischen Partei in Washington. (Clay und Truman waren anders als die New-Deal-Ökonomen Südstaatler.)
- Das zeigte sich, als Erhard die Währungsreform zum Anlass nahm, eigenmächtig zahlreiche Preise frei zu geben.
- Auch der deutsche Ordo-Liberalismus verdankte einen Großteil seines Einflusses und Ansehens der Unterstützung, die Erhard von den Amerikanern erhielt.
- Konrad Adenauer – der Katholischen Soziallehre verpflichtet – misstraute dem Markt, war aber auf die Amerikaner und die Wahllokomotive Erhard angewiesen.

Das wirtschaftspolitische Erbe, das Deutschland in dieser Zeit von den Amerikanern empfing, bestand im wesentlichen aus den folgenden Komponenten:

1. Dekartellierung und Entflechtung
2. Gewerbefreiheit
3. keine Verstaatlichungen
4. keine Mitbestimmung im Unternehmen
5. stabiles Geld und Unabhängigkeit der Zentralbank
6. Dezentralisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik
7. Liberalisierung des Außenhandels.

Was ist aus dem amerikanischen Erbe geworden?

1. Dekartellierung und Entflechtung

- „You will prohibit all cartels or other private business arrangements and cartel-like organizations, including those of a public or quasi-public character“ (Directive JCS 1067/6 vom 11.05.45), umgesetzt durch das Dekartellisierungs- und Entflechtungsgesetz der Bizone vom 17.02.47.
 - Bis Ende 1948 wurden 1.100 Kartellabmachungen aufgehoben.
 - Der deutsche Länderrat lehnte das allgemeine Kartellverbot und die Möglichkeit der Entflechtung ab.
-
- 1949, 1951 und 1954 wurde die Durchführung der Wettbewerbspolitik Schritt für Schritt den deutschen Behörden übertragen. 1951 deutscher Verzicht auf Entflechtung.
 - Das deutsche „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ von 1957 – vom BDI heftig bekämpft – nahm den öffentlichen Sektor völlig aus und sah keine Entflechtungsmöglichkeit vor.
 - Die Wettbewerbsaufsicht über den öffentlichen und den staatlich regulierten Sektor stellte die Europäische Kommission in den 1980er Jahren wieder her.
 - Das allgemeine Kartellverbot und die Verpflichtung, alle Absprachen anzumelden, wurde im Mai 2004 von der EU (Monti) abgeschafft. (Das hatte der BDI schon 1957 gefordert.)
-

Fazit: Das amerikanische Erbe wurde nicht bewahrt.

2. Gewerbefreiheit

- Im November 1946 hob die amerikanische Militärregierung alle deutschen Bestimmungen auf, die die Erteilung von Gewerbelizenzen zur Bedingung machten.
 - März 1947: Richtlinien für Berufsorganisationen und Genossenschaften beschränkten die Tätigkeit der Verbände (z.B. keine Zwangsmitgliedschaft in Kammern).
 - Der deutsche Wirtschaftsrat der Bizone verlangte die Rücknahme der Richtlinie.
 - Die Alliierten kassierten das Gewerbezulassungsgesetz, das der deutsche Wirtschaftsrat am 09.07.48 einstimmig beschlossen hatte und das für das Handwerk den allgemeinen obligatorischen Befähigungsnachweis vorsah.
 - Mai 1950: Die Richtlinien der Alliierten Hohen Kommission für die zukünftige deutsche Gewerbe-gesetzgebung bekräftigten die Gewerbefreiheit.
 - März 1951: Revision des Besatzungsstatuts
-
- September 1953: Handwerksordnung (gegen Erhard, aber mit den Stimmen der SPD) führte obligatorischen Befähigungsnachweis wieder ein.
 - November 1956: Ladenschlussgesetz
 - Dezember 1956: IHK-Gesetz führte Zwangsmitgliedschaft wieder ein.
 - 2004: Für 53 der 94 Handwerke wurde die Gewerbefreiheit wieder hergestellt.
-

Fazit: Das amerikanische Erbe wurde nicht bewahrt, aber es trat eine partielle Rückbesinnung ein.

3. Keine Verstaatlichungen

- 1946: Clay erhob Einspruch gegen ein Gesetz des Berliner Stadtrats, das Verstaatlichungen ohne Entschädigung der Eigentümer ermöglichen sollte.
 - 1947: Clay lehnte die britischen und französischen Verstaatlichungspläne für die Ruhrindustrie ab.
 - 1948: Clay untersagte die von der hessischen Landesregierung beschlossene Verstaatlichung der IG-Farben.
 - 1948: Clay setzte den Sozialisierungsartikel (Art. 41) der Hessischen Landesverfassung außer Kraft, für den auch die CDU gestimmt hatte.
-
- Union und FDP und ab dem Godesberger Programm (1959) auch die SPD verzichteten auf Verstaatlichungen.
 - Erhard setzte eine Reihe von Privatisierungen durch.
 - Nach der Wiedervereinigung wurden die ostdeutschen Staatsbetriebe von der Treuhandanstalt privatisiert.
 - Aber: keine niedersächsische Landesregierung – auch keine CDU-geführte (Albrecht, Wulff, McAllister) – hat es gewagt, das Volkswagenwerk vollständig zu privatisieren.
-

4. Keine Mitbestimmung

- September 1947: Clay erhob Einspruch gegen den Mitbestimmungsartikel der bremischen Verfassung.
 - Mai 1948: Clay kassierte das hessische Betriebsrätegesetz, gegen das nur die LPD gestimmt hatte.
 - Zum Vergleich: Die britische Labour-Regierung führte 1947 in ihrer Zone die paritätische Montanmitbestimmung ein. Der französische Militärgouverneur billigte 1948 das südbadische Betriebsrätegesetz.
-
- 1951: Adenauer verlängerte die paritätische Montanmitbestimmung (gegen die Stimmen der FDP) und dehnte sie auf die gesamte Bundesrepublik aus.
 - 1952: Betriebsverfassungsgesetz: Die Arbeitnehmervertreter erhielten ein Drittel der Aufsichtsratssitze.
 - 1976: Paritätische Mitbestimmung für den Nicht-Montanbereich
-

Fazit: Das amerikanische Erbe wurde aufgegeben.

5. Stabiles Geld und eine unabhängige Zentralbank

- Mai 1946: Der amerikanische Vorschlag für eine Währungsreform wurde von den Briten und Franzosen abgelehnt. Führende britische Politiker wollten den Geldüberhang in Deutschland durch einen einmaligen kräftigen Preisniveaustieg beseitigen. Inflationsraten in Frankreich 1946 80 Prozent, 1947 50 Prozent!
 - 1947: Die Amerikaner begannen auf eigene Faust mit dem Druck der DM-Banknoten.
 - Juni 1948: Währungsreform in Westdeutschland, die Bank deutscher Länder unterstand der Alliierten Hohen Kommission.
 - 1951: Mit der Änderung des Besatzungsstatuts wurde die Bank deutscher Länder unabhängig.
-
- Adenauer wollte die Geldpolitik sogleich unter seine Kontrolle bringen. Brief an seinen Finanzminister Fritz Schäffer (26.07.50):
„Der Bundeskanzler ist nach dem Grundgesetz verantwortlich für die Richtlinien der Politik ... Der Bundeskanzler kann daher keinesfalls auf eine entscheidende Einflussnahme auf die Geld- und Währungspolitik über das Instrument der Notenbank verzichten ... Es muss also eine Lösung gefunden werden, die der Bundesregierung die Möglichkeit gibt, die Notenbank mit Weisungen zu versehen“.

- 1952: Der Entwurf der Bundesregierung für ein Bundesbankgesetz wurde vom Bundestag und vom Bundesrat abgelehnt (Ernennung der LZB-Präsidenten nur mit Zustimmung der Bundesregierung usw.)
- 1957: Bundesbank-Gesetz: Bundesregierung kann acht ZBR-Mitglieder ernennen.
- 1999: Die Bundesbank verlor ihre geldpolitische Autonomie an die EZB
- ab Mai 2010 Politisierung der EZB:
 - monetäre Staatsfinanzierung durch Erwerb von Staatsanleihen der überschuldeten Euro-Staaten
 - EZB macht OTM-Anleihekäufe von Entscheidungen des ESM (d.h. der Finanzminister) abhängig (Sept. 2012)
 - Draghi nimmt regelmäßig an den Sitzungen der Finanzminister der Eurogruppe teil
 - Notkredite an Banken ohne ausreichende Sicherheiten (ELA)
 - Die Vorsitzende des EZB-Gremiums für die Bankenaufsicht und ihr Stellvertreter müssen vom Europäischen Parlament und Rat bestätigt werden. Damit verliert die EZB einen Teil ihrer Unabhängigkeit.
- Hayek: nicht Währungsunion, sondern Währungswettbewerb („Choice in Currency“ 1976)

6. Dezentralisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Oktober 1948: Die Militärregierung bemängelte, dass der Entwurf des Grundgesetzes der Länderkammer zu geringe Befugnisse einräumt (Nov. 1948: Memorandum).
 - Dez. 1948: Die Militärregierung beanstandete, dass den Ländern „keine zur Besorgung ihrer Angelegenheiten ausreichenden Einkommensquellen belassen“ würden.
 - März 1949: Die Militärregierung monierte, „dass die Zuständigkeiten der Bundesregierung ... nicht klar genug definiert sind, um die Stellung der Länder in einem föderativen System angemessen zu wahren“. Konkrete Forderungen.
 - April 1949: Clay setzte durch, dass der Bundesrat das Bundesverfassungsgericht anrufen darf. Aber er verzichtete auf seine Forderung, die Bürger über das Grundgesetz abstimmen zu lassen.
-
- 1955: Finanzverfassungsgesetz: Mischfinanzierung gemeinsamer Länderausgaben
 - 1969: Verbundsystem und vertikaler Finanzausgleich
 - 2006: Föderalismusreform überträgt den Ländern die Beamtenbesoldung.
-

Fazit: Das amerikanische Erbe wurde nicht bewahrt, aber eine partielle Rückbesinnung trat ein.

7. Liberalisierung des Außenhandels und Kapitalverkehrs

- Januar 1947: Joint Export-Import Agency der Bizone
 - Juni 1947: Deutsche Exporteure dürfen direkte Verträge mit dem Ausland abschließen.
 - April 1948: OEEC gegründet mit Bizone und französischer Zone als Mitglieder.
-
- 1957: Handelsliberalisierung im Rahmen der EWG, aber protektionistische Handelspolitik gegenüber Drittländern (Agrarpolitik, Stahl, „Anti-Dumping“-Politik)
 - 1958: Konvertibilität im Rahmen der OECD
-

Fazit: Das amerikanische Erbe wurde im wesentlichen bewahrt.

Synopse:

| Politikbereich | Erbe bewahrt | Erbe nicht bewahrt | darunter: partielle Rückbesinnung |
|--|--------------|--------------------|-----------------------------------|
| • Dekartellierung und Entflechtung | | X | |
| • Gewerbefreiheit | | X | X |
| • keine Verstaatlichung | X | | |
| • keine Mitbestimmung | | X | |
| • stabiles Geld und Unabhängigkeit der Zentralbank | | X | |
| • Dezentralisierung | | X | X |
| • Außenhandelsliberalisierung | X | | |
| Bilanz | 2 | 5 | 2 |

VII. Schluss

- Überwiegend und zunehmend Rückkehr zu den Verhaltensweisen, die schon vor dem Krieg für Deutschland prägend waren („reverting to type“).
- Das Ende der Sowjetunion hat das Verhältnis der Deutschen zur amerikanischen Schutzmacht grundlegend verändert.
- In dem Maße, in dem die sowjetische Bedrohung abnahm, wandten sich die Deutschen vom amerikanischen Modell ab und dem französischen zu (Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon).
- Sie folgten ihrem atavistischen Instinkt, dass die Kleinstaaterei überwunden werden müsse – diesmal auf europäischer Ebene.
- Viele deutsche Politiker sehen in der Europäischen Union sogar ein Gegengewicht zu den USA.
- Die Abwendung vom amerikanischen Wirtschaftsmodell und die politische Zentralisierung in Europa entziehen der Freiheit in Deutschland allmählich die politisch-ökonomische Grundlage.